

## **6-Punkte-Programm für Liechtenstein**

### *Ergebnisse der Sommer-Workshops 2011 der FBP*

Halbjährlich treffen sich die Mitglieder des FBP-Parteipräsidiums sowie der FBP-Landtagsfraktion zu Workshops, um die politischen Schwerpunkte für die folgende Jahreshälfte zu erarbeiten und als 6-Punkte-Programm festzuhalten. Dabei bauen wir jeweils auf den vorangegangenen Dokumenten auf und ersetzen erfüllte Programmpunkte durch neue Themen.

Das vorliegende 6-Punkte-Programm ist das Ergebnis der Workshops von August/September 2011. Grundlage bildet auch für dieses 6-Punkte-Programm das Parteiprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei, welches vom Parteitag anlässlich der Landtagswahlen 2009 genehmigt wurde.

### **1. Familien konkret stärken**

Obwohl wir in Liechtenstein in vielen Belangen schon viel für Familien tun, darf nicht übersehen werden, dass gerade die finanziellen Belastungen für Eltern mit niedrigen und mittleren Einkommen nicht zu unterschätzen sind. Ein Teil dieser Belastungen resultiert auch aus dem Interesse einer positiven Entwicklung in Bezug auf Bildung und Sport. Hier hat der Staat mehrfache Interessen, die verknüpft sind. Einerseits ist eine höhere Geburtenrate aus Gründen der demografischen Entwicklung notwendig - der Staat braucht mehr Kinder. Diese Kinder sollen gesund aufwachsen in Bezug auf Ernährung und Bewegung und sie sollen ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend ausgebildet werden. Das alles bedeutet Kosten, die Familien zu tragen haben. In weiterführenden Schulen werden Computer zur Bewältigung der Hausaufgaben benötigt, viele sportliche Aktivitäten verlangen Eintrittsgelder und entsprechende Ausrüstung, gute und frische Ernährung ist teurer als Fast Food.

Die FBP will konkrete Massnahmen prüfen, wie Familien in diesen Bereichen durch Gutscheine und Direktbeteiligungen entlastet werden können. Alle Massnahmen müssen so ausgelegt sein, dass sie sich auf Angebote in Liechtenstein beschränken und nur in Liechtenstein wohnhaften Kindern bzw. deren Familien zugute kommen. Prüfwert ist, ob die Finanzierung über den Zukunftsfonds erfolgen kann, da wir der Ansicht sind, dass kein Thema mehr Zukunft beinhaltet als die direkte Investition in unsere Kinder.

Die Wahlfreiheit zwischen „Familie und Beruf“ oder „Familie als Beruf“ ist nach wie vor eine Grundhaltung der FBP. Daher fordern wir, dass die Leistungen jener Frauen und Männer, die die Familie als Beruf wählen und sich der Erziehung widmen, ebenso anerkannt werden wie jene von berufstätigen Müttern und Vätern. Derzeit wird jeder KITA-Platz mit jährlich CHF 15'000.- gefördert. Frauen und Männer, welche die Erziehungsarbeit selbst leisten, dürfen hier nicht länger benachteiligt werden.

### **2. Dialekt im Kindergarten**

Gemäss Lehrplan für das Fürstentum Liechtenstein, welcher auch für die Kindergärten gilt, ist im Unterricht grundsätzlich die Hochsprache zu verwenden. Begründet wird dies damit, dass dies die Sprachkompetenz für die Kommunikation im deutschen Sprachraum fördere. Zudem sei für Kinder nicht-deutscher Muttersprache die Verständlichkeit des Unterrichts in

hohem Masse vom Gebrauch der Hochsprache abhängig. Betreffend den Kindergarten geht das für die Exponenten der FBP zu weit. Unserer Ansicht nach soll und darf im Kindergarten der Dialekt gepflegt werden. In unseren Augen wird übersehen, dass der Dialekt sehr viel mit unserer Identität und der Kultur unseres Landes zu tun hat bzw. die liechtensteinische Kultur wesentlich mitprägt. Zudem sind wir überzeugt, dass die Lehrpersonen der Kindergärten selber am besten wissen, ob sie je nach Klassenstruktur den Dialekt oder die Hochsprache anwenden sollten. Wir setzen uns betreffend dafür ein, dass die Pflicht für die Hochsprache im Kindergarten entfällt.

### **3. Demographische Entwicklung ernst nehmen**

Der demografische Wandel ist ein Fakt, dem die liechtensteinische Politik und die Wirtschaft aktiv begegnen müssen. Verschiedene Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung stellen dar, dass eine markante Alterung der Wohnbevölkerung zwischen 2005 und 2035 und eine rückläufige Erwerbsbevölkerung ab 2015 erwartet wird. Dies hat eklatante Folgen für die gesamte Gesellschaft. So werden Unternehmen zunehmend Schwierigkeiten haben, junge Beschäftigte und Fachkräfte zu rekrutieren, der Anteil „älterer“ Mitarbeitenden wird dominierend und ganz wesentlich werden die Sozialsysteme zunehmend stärker belastet. Liechtenstein muss sich diesen Herausforderungen stellen und die Chancen und Perspektiven, die der demografische Wandel mit sich bringt, herausarbeiten. Die FBP setzt sich dafür ein, dass in Disziplinen übergreifenden Arbeitsgruppen und Projekten unmissverständlich aufgezeigt wird, welche Bereiche der Sozialsysteme, der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens betroffen sind und wir gemeinsam mutige Lösungsansätze verabschieden. Die Aufgabenstellungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, muss in allen politischen Entscheiden mitbedacht werden. Die FBP sieht gerade im Kleinstaat die Chance hier schneller als andere entsprechende Anpassungen vorzunehmen und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft zu sichern.

### **4. Eigentum als Säule des Mittelstands**

Die Fortschrittliche Bürgerpartei bekennt sich zur Stärkung des Mittelstandes. Ein zentraler Bestandteil dieser Forderung war in der Vergangenheit die Förderung von Eigenheimen. Aufgrund der sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse nimmt die Treffsicherheit dieser Förderung immer stärker ab. Ausdruck dieser Entwicklung ist, dass immer mehr junge Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner Eigentum nicht im Inland erwerben können. Diesem Trend wollen wir aktiv entgegenwirken und fordern deshalb von der Regierung, die Ausnützungsziffern abzuschaffen, um damit den Wohnraum preislich zu entlasten. Von dieser Massnahme erhoffen wir uns ein Mehr an Wohnraum und -qualität bei gleichzeitigem Erhalt von raumplanerischem Gestaltungsspielraum der Gemeinden.

Zudem fordern wir, bei der Eigenheimförderung familienpolitische Elemente wie die Kindersubvention von derzeit CHF 5'000.- auf CHF 7'500.- zu erhöhen.

Die Einkommensobergrenze, bis zu welcher Eigenheimförderung möglich ist, soll von CHF 90'000 auf CHF 120'000 erhöht werden. Diese Anpassung trägt dem Umstand Rechnung, dass auch Familien mit einem Einkommen von CHF 120'000 enormen Herausforderungen bei der Finanzierung von ihrem Eigenheim gegenüberstehen. Seit 2005 wurde diese Einkommensobergrenze nicht mehr angepasst.

## **5. Mobilität sichern**

Die Fortschrittliche Bürgerpartei bekennt sich zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, was in Kombination mit den zunehmenden individuellen Mobilitätsbedürfnissen und einem prognostizierten Bevölkerungswachstum zu einer deutlichen Zunahme der Mobilitätsansprüche führen wird. Die Förderung des Öffentlichen Verkehrs und der Ausbau der bestehenden Infrastruktur sind Voraussetzungen, diese Mobilitätsbedürfnisse auch in Zukunft befriedigen zu können. Um im Bereich des Langsamverkehrs die bestehende Infrastruktur zu erweitern, fordern wir einerseits die Möglichkeit von einer zusätzlichen Brücke zwischen Liechtenstein und der Schweiz auf Höhe Triesen zu prüfen und andererseits eine Machbarkeitsstudie für einen Radweg zwischen Bendern und Eschen zu erstellen. Die Forderung nach einem Industriebus Triesen, welcher die Rheinbrücke Vaduz-Sevelen mit der Industrie in Triesen verbindet, soll mit konkreten Planungen in Angriff genommen werden.

## **6. Stärkung Gewerbeberufe**

Um als übergeordnetes Ziel die liechtensteinische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten, braucht es Fachkräfte, Innovation, Unternehmertum und eine noch grössere Diversifikation in den Berufsgattungen. Ein Schlüssel dazu sind unter anderen die gewerblichen Berufe, welche viele Gestaltungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in sich bergen. Um die Attraktivität dieser vielen interessanten Berufe jungen Menschen und deren Eltern vor der Berufswahl zu vermitteln, setzen wir uns dafür ein, dass in Zusammenarbeit zwischen dem Ressort Wirtschaft und der Wirtschaftskammer jährlich Präsentationen für alle Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen durchgeführt werden. Dort sollen Vertreter verschiedener Berufsgruppen den eigenen Werdegang und die Gestaltungsmöglichkeiten aus dem Lehrberuf heraus vorstellen. Wenn dadurch mehr junge Menschen an eine Berufslehre in Handwerksberufen nachdenken und diesen Weg mit Überzeugung einschlagen ist dies ein Schritt um dem übergeordneten Ziel näher zu kommen.

Vaduz, im September 2011